

INFORMATIONEN

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-III

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1977 – Juni

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate hat die konjunkturellen Erwartungen stark gedämpft. Die Industrieproduktion stagniert, das Bruttosozialprodukt nimmt gegenüber den vorangegangenen Monaten kaum noch zu.

Auch die industriellen Auftragseingänge, die als Indikator der bevorstehenden Entwicklung gelten, weisen auf eine ausgeprägte Schwäche vor allem der Inlandskonjunktur hin.

Zwar hat sich die Investitionsgüternachfrage bei leicht zunehmender Kapazitätsauslastung etwas stabilisiert, ohne allerdings wesentliche Wachstumsimpulse auslösen zu können. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt auf Rationalisierung und Ersatz verschlissener Anlagen. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, da der Auslastungsgrad noch immer weit unter dem „Normalstand“ liegt.

Verschärft hat sich die Situation im Verbrauchsgüterbereich – mit Ausnahme der noch immer florierenden Automobilnachfrage.

Die private Nachfrage expandiert kaum noch, die Umsätze im Einzelhandel stehen unter dem Druck der zu geringen Kaufkraft.

Die Hoffnungen der bürgerlichen Konjunkturforscher, die sich auf die Ersparnisse der Arbeiter und Angestellten gestützt hatten, haben sich nicht im erwarteten Ausmaß bestätigt: angesichts der gedrückten Einkommensentwicklung und zunehmender sozialer Unsicherheit hat sich der Abbau der Sparrücklagen in engen Grenzen gehalten.

Auch die bisher abgeschlossenen Tarifverträge versprechen keine durchschlagende Belebung des privaten Verbrauchs. Wenn es nicht im weiteren Jahresverlauf gelingt, die Einkommenssituation der arbeitenden Bevölkerung wesentlich zu verbessern, dann kann mit einer konjunkturellen Belebung von der Verbrauchsgüterseite aus nicht mehr gerechnet werden.

Die Ausgabenplanung der öffentlichen Haushalte ist – einschließlich des Investitionsprogramms – insgesamt eher restriktiv ausgerichtet. Vor allem die Gemeinden haben in der Vergangenheit ihre Investitionspläne drastisch reduzieren müssen. Nach Berechnungen des DIW haben die Abweichungen der staatlichen Ausgaben-tätigkeit von den ursprünglichen Planungen nach unten 1976 insgesamt etwa 270.000 Arbeitsplätze gekostet. Die sinkende Kreditaufnahme durch die Gemeinden zeigt, daß diese Tendenz auch 1977 anhält.

Der Schwäche der Inlandskonjunktur wird noch immer durch die Exportentwicklung entgegengewirkt. Trotz einiger Abschwächungszeichen bleibt der Außenhandel die wichtigste und einzige Konjunkturstütze der Bundesrepublik. Vor allem im Handel mit den westeuropäischen Nachbarn ist die Position der BRD unvermindert stark. Der anhaltend hohe Exportüberschuß erlaubt den westdeutschen Konzernen einen Ausbau ihrer internationalen Positionen zu günstigen Wechselkursverhältnissen und stabilisiert damit auch wieder ihre Stellung im internationalen Handel.

Der Außenhandel reicht jedoch nicht mehr aus, um die Schwäche der Inlandskonjunktur auszugleichen und einen kräftigen Aufschwung zu bewirken. Auf absehbare Zeit ist daher keine wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik zu erwarten. Rezessive Tendenzen und Auftriebsfaktoren halten sich die Waage, ohne daß eine der beiden Seiten konjunkturell bestimmend werden kann.

Bei anhaltender Unsicherheit hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt verschlechtert. Während auf der einen Seite wachsende Zahlen von Schulabgängern und von ehemals Selbständigen auf den Arbeitsmarkt drängen, stagniert die Beschäftigung im produktiven Bereich. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst weist inzwischen sogar leicht rückläufige Tendenzen auf, so daß dem wachsenden Druck der Arbeitssuchenden kein wesentlicher

Zuwachs an Arbeitsplätzen gegenübersteht.

Mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit über saisonale Bewegungen hinaus kann daher in der gegebenen Situation nicht gerechnet werden. Nur durch einschneidende Maßnahmen zur Vergrößerung des Arbeitsplatzangebots wird eine Entlastung zu erreichen sein. Das regierungsamtliche Warten auf die monatlichen Arbeitsmarktzahlen und auf das Unterschreiten der faktisch bedeutungslosen „Millionengrenze“ nützt lediglich den Unternehmern, die die Arbeitslosigkeit immer stärker als materielles und ideologisches Druckmittel einsetzen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Außenhandel

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Einkommensverteilung
- 3.3 Sozialbudget
- 3.4 Preise
- 3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.6 Beschäftigung

1.1 Sozialprodukt

Das Wirtschaftswachstum hat sich seit Jahresbeginn stärker verlangsamt, als noch im Herbst 1976 erwartet worden war. Diese Tatsache schlägt sich sichtbar vor allem in den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute nieder, die jeweils im Herbst und im Frühjahr ihre Gutachten vorlegen. Wieder ist es so, daß die Vorhersagen eher der tatsächlichen Entwicklung hinterherlaufen, wobei es – obwohl das Jahr 1977 schon fortgeschritten ist – immer noch erhebliche Prognosedifferenzen gibt.

Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 1977

	Zunahme des Bruttosozialprodukts in %
Herbstgutachten 1976	+ 5,5
Frühjahrgutachten 1977 ¹	+ 4,5
Minderheitsvotum 1977 ²	+ 3,5

¹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW); HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung; Institut für Weltwirtschaft
² Ein Minderheitsvotum gaben ab: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

Die Institute zeigen in ihren Prognosen eine große Unsicherheit. Sie stützen sich denn auch weniger auf klar erkannte Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung als vielmehr auf ungesicherte Erwartungen.

Das „Hinterherlaufen“ der „Prognosen“ hinter der tatsächlichen Entwicklung wird besonders deutlich, wenn man die verschiedenen Prognosen des letzten Jahres mit der tatsächlichen Entwicklung vergleicht.

Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 1976

	Prognose Frühjahr 1976	Prognose Herbst 1976	Tatsächliche Entwicklung 1976
Bruttosozialprodukt ¹	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,6
Privater Verbrauch ¹	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,4
Anlageinvestitionen ¹	+ 4,0	+ 5,5	+ 4,7

¹ In Preisen von 1962
 (Quelle: DIW-Wochenberichte)

Im Frühjahr, unmittelbar nach der Krise, waren die Erwartungen noch etwas skeptischer. Die Prognose wurde nach oben korrigiert, als die etwas günstigeren Ergebnisse bis zur Jahresmitte bekannt wurden. Sie dienten als Grundlage der Herbstprognose, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine erhebliche Verlangsamung eingetreten war. So erklärt sich der merkwürdige Umstand, daß die „Prognose“ vom Herbst 1976 – eigentlich eher ein Schätzwert – die Wirklichkeit weiter verfehlt hat als die Frühjahrsprognose. Diese Art von „Prognosen“ ist offensichtlich nichts anderes als eine einfache Verlängerung der zuletzt vorliegenden Daten in die Zukunft.

Der Widerspruch ist offensichtlich: Während eine hochentwickelte Technologie Planungszeiträume von teilweise mehreren Jahrzehnten erfordert – das gilt z. B. für den Bereich der Energietechnologie –, gelingt es nicht, die wirtschaftliche Entwicklung, auf die diese Technologie abgestellt sein muß, auch nur für ein Jahr mit einiger Sicherheit vorzuschätzen.

1.2 Produktion

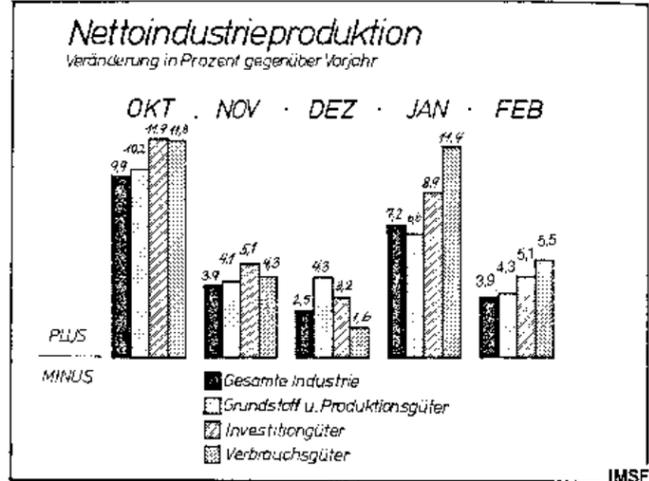
Die Industrieproduktion war in den ersten Monaten des Jahres 1977 noch immer niedriger als in der gleichen Zeit von 1974, also kurz vor dem vollen Ausbruch der Krise. Fünf Vierteljahre des „Aufschwungs“ reichten nicht aus, um den durch die Krise verursachten Produktionsrückgang voll auszugleichen. Zudem ist die Industrieproduktion im Vergleich zu den Vormonaten wieder etwas zurückgegangen. Im Zeitraum Februar/März 1977 wurde – saisonbereinigt – etwa 1,5 Prozent weniger hergestellt als im Dezember/Januar (Handelsblatt v. 10. 5. 1977).

Die Zusammenfassung nach Industriegruppen verdeckt die Tatsache, daß es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen gibt. Vor allem die Produktion von Investitionsgütern – die Industriegruppe „Investitionsgüter“ enthält auch Pkw und andere langlebige Gebrauchsgüter – stagniert.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Gesamte Industrie	+ 9,9	+ 3,9	+ 2,5	+ 7,2	+ 3,9	+ 2,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 10,2	+ 4,1	+ 4,3	+ 6,6	+ 4,3	+ 1,6
Investitionsgüter	+ 11,9	+ 5,1	+ 3,2	+ 8,9	+ 5,1	+ 6,3
Verbrauchsgüter ¹	+ 11,8	+ 4,3	+ 1,6	+ 11,4	+ 5,5	+ 3,9
Bauhauptgewerbe	+ 7,3	+ 0,4	- 2,3	+ 1,0	+ 7,5	+ 1,4

¹ Ohne Nahrungs- und Genußmittel
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/77, S. 65*, Frankfurter Allgemeine v. 17. 5. 77)



Veränderung der Nettoindustrieproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie insgesamt	+ 9,9	+ 3,9	+ 2,5	+ 7,2	+ 3,2
Eisenschaffende Industrie	+ 9,3	+ 0,4	- 0,5	- 4,0	- 9,4
Chemische Industrie	+ 10,5	+ 4,8	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,5
Maschinenbau	+ 4,1	+ 1,5	- 2,2	- 0,2	- 1,1
Straßenfahrzeugbau	+ 14,1	+ 6,2	+ 8,2	+ 14,2	+ 4,9
Elektrotechnik	+ 17,1	+ 6,9	+ 4,7	+ 11,8	+ 8,2
Textilindustrie	+ 10,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 8,0	- 1,8
Bekleidungsindustrie	+ 2,4	- 5,6	- 9,9	- 1,0	- 9,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 222* ff.)

Eine Gliederung nach Produkten – im Gegensatz zur Gliederung nach Industriezweigen – zeigt noch deutlicher die Differenzierung. Während die Produktion von Investitionsgütern – mit Ausnahme von Datenverarbeitungseinrichtungen – stagniert oder sogar rückläufig ist, nimmt die Herstellung von Pkw und von elektrotechnischen Verbrauchsgütern immer noch stark zu. Andererseits zeigt die Produktion anderer Verbrauchsgüter – Möbel, Bekleidungsartikel, Nahrungs- und Genußmittel – ebenfalls Schwächeanzeichen.

Die Entwicklung der Auftragsrückgänge zeigt aber, daß vor allem im Bereich der Verbrauchsgüter zumindest eine Verlangsamung zu erwarten ist.

Bei insgesamt rückläufigen Auftragsbeständen zeigen sich die einschneidendsten Einbrüche in diesem Sektor.

Ursprünglich hatten Bundesregierung und Unternehmer gehofft, daß die Auftragsrückgänge im Januar und Februar nur vorübergehender Natur sein würden. Nun haben aber die Märzahlen deutlich gemacht,

Produktion ausgewählter Produktarten in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Stahlbauerzeugnisse	+ 4,2	- 3,7	- 11,2	+ 0,2	+ 1,2
Maschinenbauerzeugnisse	+ 1,3	+ 1,9	- 2,6	- 1,9	- 1,7
Elektrotechnische Investitionsgüter	+ 2,5	- 6,5	- 1,7	+ 1,7	- 0,3
Datenverarbeitungsgeräte	+ 8,0	+ 15,6	+ 16,4	+ 4,6	+ 15,8
Pkw	+ 13,3	+ 7,7	+ 13,9	+ 20,8	+ 11,3
Elektrotechnische Verbrauchsgüter	+ 26,7	+ 17,4	+ 9,5	+ 21,1	+ 15,0
Bekleidung	+ 4,9	- 2,5	- 4,8	+ 2,9	- 6,1
Möbel	+ 4,6	- 1,5	- 3,7	+ 8,7	+ 2,6

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/77)

daß diese Hoffnung auf Sand gebaut war: real dürften die Auftragsrückgänge im ersten Quartal 1977 niedriger als im Vorjahr liegen.

Bestätigt wird dieser Eindruck durch die Ergebnisse des „Ifo-Konjunkturtests“ vom März 1977, der die Erwartungen der Unternehmer durch Befragungen zu ermitteln sucht. Demnach haben sich die Geschäftserwartungen durchweg negativ entwickelt, wobei aus den Investitionsgüterindustrien nach wie vor die ungünstigsten Meldungen kommen.

Industrielle Auftragsrückgänge in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrie insgesamt (1)	Grundstoffe – Produktionsgüter (1)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (1)	(2)	(2)
Nov.	+ 14,7	+ 8,7	+ 8,8	+ 1,7	+ 20,9	+ 15,4
Dez.	+ 20,0	+ 14,3	+ 11,2	+ 5,8	+ 29,5	+ 23,2
Jan.	+ 1,9	- 1,5	- 5,0	- 7,0	+ 8,0	+ 3,9
Febr.	+ 3,0	+ 0,1	- 1,7	- 2,2	+ 9,3	+ 5,0
März	+ 1,4	- 6,1	- 10,8	- 7,2	- 1,4	- 5,3

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, 4/77; Frankfurter Rundschau v. 10. 5. 1977)
 (1) Wertindex; (2) Volumenindex

Im Zweimonatszeitraum Februar/März sind die Aufträge in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber Dezember/Januar um 4 Prozent zurückgegangen, wobei die Investitionsgüter und die Verbrauchsgüter mit jeweils 5 Prozent besonders stark rückläufig waren.

Industrielle Auftragsrückgänge in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Wertindex)

	Industrie insgesamt	Grundstoffe / Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Nov.	+ 13,5	+ 8,3	+ 19,9	+ 9,2
Dez.	+ 17,0	- 10,1	+ 27,0	+ 7,3
Jan.	+ 4,5	- 3,5	+ 12,4	+ 2,0
Febr.	- 2,5	- 2,6	+ 8,4	- 1,2
März	- 4,0	- 10,6	+ 3,6	- 7,7
Ausland				
Nov.	+ 18,0	+ 7,7	+ 23,2	+ 16,4
Dez.	- 27,2	+ 13,8	+ 34,0	- 24,6
Jan.	- 1,6	- 7,8	+ 0,7	+ 5,3
Febr.	- 6,4	+ 1,2	+ 10,7	- 2,2
März	+ 15,3	+ 6,8	+ 23,7	- 5,2

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/77; Frankfurter Rundschau v. 10. 5. 77)

Es muß zwar damit gerechnet werden, daß die Umstellung der Statistik der Auftragsrückgänge – es werden ab Januar 1977 nur noch Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten direkt erfaßt – noch Korrekturen der vorläufigen Werte notwendig machen wird. Dadurch wird aber an der Tendenz der Aussagen nichts mehr geändert.

Ein konjunktureller Einbruch wurde nur durch die Entwicklung der Auslandsbestellungen verhindert.

Die Inlandsaufträge zeigen sowohl im Jahresvergleich als auch im saisonbereinigten Monatsvergleich eine rückläufige Tendenz. Berücksichtigt man die notwendigen Preisbereinigungen des Wertindex der Aufträge, dann wird dieser Verlauf noch deutlicher.

Da aber angesichts der Lage der Weltwirtschaft nicht damit gerechnet werden kann, daß sich die Auslandsnachfrage im gleichen Tempo weiterentwickelt, erweist sich die Schwäche der Inlandsmärkte als immer bedrohlicher für die Gesamtentwicklung.

1.3 Investitionen

Die größten Unsicherheiten bei den Prognosen enthalten die Vorausschätzungen hinsichtlich der zukünftigen Investitionsentwicklung. Die Kapazitätsauslastung ist in den ersten Monaten des Jahres 1977 weiter leicht angestiegen, liegt aber mit 83,5 Prozent noch immer weit unter dem Normalstand. Relativ am ungünstigsten ist die Situation nach wie vor in den Investitionsgüterindustrien, wo der Auslastungsgrad mit 82 Prozent seit dem April 1976 praktisch stagniert. Daher ist eine entscheidende Wende der privaten Investitionstätigkeit nicht zu erwarten.

Da endgültige Zahlen über die bisherigen Entwicklungen im Jahre 1977 noch nicht vorliegen, sind quantitative Aussagen über die weitere Entwicklung kaum möglich. Ein Blick auf die erwähnte Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt auch, daß hier die größten Differenzen zwischen der „Mehrheit“ und der „Minderheit“ der Institute bestehen.

Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent¹

	1975	1976	1977 ¹	1977 ²
Anlageinvestitionen	- 4,1	+ 4,7	+ 5,0	+ 2,5
darunter:				
Ausrüstungen	+ 0,4	+ 6,7	- 7,5	+ 3,5
Bauten	- 8,6	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5

¹ In Preisen von 1962, d. h. real
² Prognose des Frühjahrgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute, Mehrheitsmeinung
³ Prognose des Frühjahrgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute, Minderheitsvotum

Die Unterschiede in den Prognosen sind fast ausschließlich auf die Unsicherheiten hinsichtlich der Investitionstätigkeit zurückzuführen.

Dem behaupteten Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen trauen die Institute also selbst nicht so recht. Denn obwohl die 1976 erreichte Umverteilung zugunsten der Gewinne sowohl in der Prognose der „Mehrheit“ als auch in der der „Minderheit“ 1977 stabilisiert werden soll, kommt es zu keinem deutlichen Aufschwung der Investitionstätigkeit.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt^{*}

Die Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt in den ersten Monaten dieses Jahres entspricht im allgemeinen der Lage, wie sie in dem realen Sektor der Wirtschaft vorherrscht. Auch in diesem Bereich bestätigen die jüngsten Angaben, daß der Aufschwung nur zögernd und ohne Elan fortschreitet. Bevor wir auf die Analyse der Finanzindikatoren eingehen, erscheint es geboten, eine grundsätzliche Bemerkung zu den Finanzierungsproblemen der westdeutschen Wirtschaft zu machen: Es ist noch nicht lange her, daß die Apologeten des kapitalistischen Systems Klagelieder über die angebliche Gefahr anstimmten, daß die öffentlichen Haushaltsdefizite die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts beeinträchtigen könnten, da ein zu hoher Kreditbedarf der öffentlichen Hand wenig Raum für die private Nachfrage am Geld- und Kapitalmarkt lassen würde. Angesichts der in der westdeutschen Wirtschaft seit Jahren herrschenden Verhältnisse ist das leere Gerede. Die Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft hatten niemals auf der Finanzierungsseite ihre Ursprung. Im allgemeinen ergeben sich auf die Dauer Finanzierungsprobleme nur in den Ländern, die einer starken und wachsenden Auslandsverschuldung zu begegnen haben; in diesen Ländern könnten die Finanzierungsschwierigkeiten zu einem Hemmnis für das Wirtschaftswachstum werden. Für die Bundesrepublik Deutschland hat sich ein solches Problem seit 1950 nie gestellt. Im

* Dieser Abschnitt wurde von Walter Mitchell verfaßt

Gegenteil, bisher hatte die Bundesrepublik immer einen aktiven Saldo des Außenbeitrags; d. h. die BRD wies immer einen Netto-Export von realen Ressourcen auf. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis machte der Außenbeitrag 1976 knapp 20 Prozent aus.

Oder, um es mit den Worten zu sagen, die die Systembefürworter benutzen, wenn sie internationale Vergleiche anstellen: die Bundesbürger leben unter ihren Verhältnissen.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1975		1976		1977		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Dezember		März		März		
	Milliarden DM						
Kredite an inländische Nichtbanken	900,8	991,9	999,4	10,5	10,1	9,8	
- Unternehmen u. Private	703,4	769,2	773,6	4,6	9,4	9,4	
- Öffentliche Haushalte	197,4	222,7	225,8	38,2	12,8	11,1	
Netto-Auslandsforderungen	121,0	129,3	132,7	16,1	6,9	4,7	
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	530,8	589,2	609,2	13,7	11,0	9,1	
darunter:							
Spareinlagen und -briefe	194,2	216,8	218,1	21,8	11,6	10,3	
Geldvolumen (M ₃)	491,0	532,0	522,9	8,5	8,4	9,2	

¹ Einschließlich „Zentralbankanlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“ (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Mai 1977)

In der nebenstehenden Tabelle wird die konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Deutsche Bundesbank und Kreditinstitute) dargestellt. Es ist zu beachten, daß zwischen den Posten „Geldkapitalbildung“ und „Geldvolumen M₃“ keine klare Grenze zu ziehen ist: bei diesen beiden zusammengesetzten Posten bilden die Einlagen bei den Banken die Hauptposition; der hier gewählte Posten „Geldvolumen M₃“ ist zusammengesetzt aus Bargeld, Sichteinlagen, Termingeldern unter vier Jahren Laufzeit und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, d. h. aus Posten, von denen man annehmen kann, daß sie einen hohen Liquiditätsgrad besitzen, d. h. kurzfristig verfügbar sind und nicht als langfristige Sparbildung gedacht sind. Diese Gesamtposition ist von Schwankungen relativ frei und reflektiert im großen und ganzen die Entwicklung des Bruttosozialprodukts zu jeweiligen Preisen. Die Gesamtposition „Geldkapitalbildung“ umfaßt die Bankeneinlagen (Spar- und Termingelder) mit längerer Befristung und die Bankschuldverschreibungen, die bei Nichtbanken abgesetzt worden sind.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1974	1975	1976		1977
			Jahr	1. Vj.	
Anleihen der öffentlichen Hand	5837	13171	16676	3149	4898
Kommunalobligationen	8637	23648	21123	9614	4833
Sonstige Bankschuldverschreibungen	10979	11326	10608	4529	3650
Industrieobligationen	-370	-166	-545	-183	-50
Ausländische Rentenwerte	675	1384	1354	307	433
Absatz = Erwerb insgesamt	25757	49361	49213	17415	13763
darunter					
Kreditinstitute	14549	27183	20492	6814	4930
Inländische Nichtbanken	13313	18131	32126	11813	10151

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Mai 1977)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Zuwachsrate der Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt verlangsamt: Die zunehmende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat eine Schrumpfung ihrer Kreditnachfrage zwischen 1975 und 1976 bewirkt, und diese Entwicklung setzt sich auch Anfang dieses Jahres fort. Die Expansion der Kredite an Unternehmen und Private hat sich 1976 beschleunigt, aber im ersten Vierteljahr 1977 ist die Zuwachsrate dieselbe geblieben wie im Vorjahr. Auch diese monetäre Größe verdeutlicht, daß der Aufschwung sich viel langsamer entwickelt als in den früheren Zyklen: In keiner anderen Aufschwungsphase war die Kreditzunahme, bereinigt von der Inflationsrate, so gering wie in der jetzigen.

Am Kapitalmarkt bietet sich in etwa dasselbe Bild: Aus der Tabelle, die den Absatz von festverzinslichen Wertpapieren zeigt, geht hervor, daß die beträchtliche Zunahme des Absatzes von knapp 26 im Jahre 1974 auf 49 Milliarden DM in den Jahren 1975-76 fast ausschließlich auf die Rechnung der öffentlichen Hand geht (Anleihen und Kommunalobligationen, die zur Finanzierung von Gemeindevorhaben von Kreditinstituten emittiert werden). Der starken Reduzierung des Absatzes im ersten Quartal 1976 entspricht der geringere Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte bzw. die angespannte Finanzlage der Gemeinden: Der Absatz der öffentlichen Anleihen ist von 12,8 im ersten Quartal 1976 auf 9,7 Milliarden im ersten Quartal 1977 zurückgegangen.

Die schleppende Entwicklung der neuen Nachfrage am Geld- und Kapitalmarkt bewirkt, daß sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze seit langem schon nach unten tendieren, wie aus der folgenden Tabelle klar hervorgeht. Die Kontokorrentzinsen auf Bankkredite von 1 bis 5 Millionen DM sind von 10,8 Prozent Anfang 1975 auf 7,1 Prozent im ersten Quartal 1977 gesunken. Die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand sind in demselben Zeitraum von 9 auf knapp 7 Prozent und im April sogar auf 6,3 Prozent zurückgegangen, womit sie den tiefsten Stand seit 1968 erreichten; die neue Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 700 Millionen DM wurde mit einem Zinssatz von 6,5 Prozent ausgestattet und zum Nennwert emittiert.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Rendite von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		29. 12. 1972 = 100
1975			
1. Vj.	10,78	9,0	89,1
2. Vj.	9,41	8,4	94,2
3. Vj.	8,24	8,3	93,1
4. Vj.	7,65	8,4	98,3
1976			
1. Vj.	7,50	7,9	106,9
2. Vj.	7,20	7,8	104,1
3. Vj.	7,19	8,0	100,0
4. Vj.	7,20	7,5	95,1
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0

¹ Auf Kredite von 1 bis unter 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt (Quelle: Deutsche Bundesbank, ebenda)

Die Entwicklung der Renditen der festverzinslichen Wertpapiere ist durch den sinkenden Zinssatz für neue Anleihen und die steigenden Kurse der Rentenwerte bestimmt, die ihrerseits durch die hohen verfügbaren Finanzmittel und die sinkenden Zinssätze auf Bankeinlagen begünstigt werden, dadurch wird die Nachfrage nach Wertpapieren und deren Kurs gesteigert: im ersten Vierteljahr sind die Börsenzinssätze an Rentenwerten auf 13,5 Milliarden gestiegen, mit einer Zunahme von fast 50 Prozent gegenüber demselben Zeitraum im Jahre 1976.

Am Aktienmarkt ist der Kurseinbruch, der seit April 1976 anhält, Anfang dieses Jahres zum Stillstand gekommen. Ob die Hausse-Tendenz, die Mitte April einsetzte, von Dauer sein wird, ist noch fraglich; sicher scheint, daß die Gewinnerwartungen der Unternehmen nicht so schlecht sind, wie es bei jeder Tarifverhandlung von den Unternehmen lauthals beklagt wird.

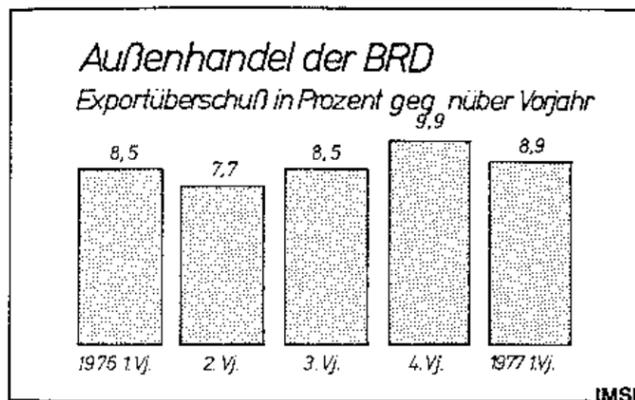
1.5 Außenhandel

Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik hat sich trotz der Aufwertung der DM in der Vergangenheit weiter verbessert, der Export ist die wichtigste Triebkraft der konjunkturellen Entwicklung geblieben. Während der Umfang des Welthandels (ohne Warenaustausch der sozialistischen Länder) 1976 um etwa 12 Prozent zunahm, expandierte der Außenhandel der Bundesrepublik um fast 18 Prozent. Die Entwicklung hat sich zwar sowohl weltweit als auch für die Bundesrepublik zum Jahresbeginn 1977 verlangsamt. Trotzdem ist die Tendenz nach wie vor expansiv.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	in % ¹	in Mrd. DM	in % ¹	in Mrd. DM	in % ¹
1976	256,2	+15,6	221,6	+20,3	+34,5	-7,5
1. Vj.	60,4	+14,6	51,8	+23,0	+8,5	-19,0
2. Vj.	62,8	+12,7	55,2	+18,4	+7,7	-16,3
3. Vj.	63,6	+20,0	55,2	+23,2	+8,5	+3,7
4. Vj.	69,3	+16,8	59,5	+19,6	+9,9	+7,6
1977						
1. Vj.	66,6	+9,9	57,7	+11,4	+8,9	+4,7

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/77, S. 71*)



Gesteigert wurden vor allem die Ausfuhren in die kapitalistischen Industriestaaten. Hier scheint sich ein enges Netz von über die internationalen Konzerne vermittelten Produktionsverflechtungen herauszubilden, das auch durch erhebliche Wechselkursverschiebungen nicht mehr ernsthaft gestört werden kann. Das gilt allerdings nicht im gleichen Maße für alle Branchen. Besonders unempfindlich sind die hochmonopolisierten Industriezweige wie die chemische Industrie, die eisenverarbeitende Industrie, die Elektrotechnik, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Die dort bestimmenden Konzerne verfügen über enge internationale Produktionsbeziehungen und sind so relativ unabhängig von monetären Störungen. Empfindlich reagieren die export-schwachen und weniger monopolisierten Branchen wie die Bekleidungsindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und die Schuhindustrie (vgl. Ifo-Schnelldienst, Nr. 11, 12/1977, S. 22 ff.).

Gleichzeitig gehören die exportstarken Industriezweige auch zu den Branchen mit dem größten Umfang der Auslandsinvestitionen. Fast die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen wurde von der chemischen Industrie, dem Maschinenbau, der eisenverarbeitenden Industrie und dem Fahrzeugbau getätigt.

In diesem Bereich zeigt sich, daß die Wechselkursentwicklung, d. h. die Aufwertung der DM, für die Konzerne der Bundesrepublik durchaus auch ihre positiven Seiten hat.

Vor allem der Kapitalexport, der Kauf ausländischer Unternehmen bzw. die Errichtung von Auslandsbetrieben wird dadurch erleichtert.

Direktinvestitionen im Ausland¹

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	2,67	2,82	5,64	4,53	5,23	ca. 5,20

(Quelle: „Informationen...“ 4/76; Frankfurter Rundschau v. 20. 4. 77) 1 Mrd. DM

Die Verstärkung der Investitionstätigkeit im Ausland wird auch in Zukunft anhalten. So wollen nach einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 65 Prozent der Unternehmen (mit Umsatzanteilen gewichtet) ihre Auslandsinvestitionen stärker erhöhen als die Inlandsinvestitionen. Entsprechend sind auch die Personalpläne ausgerichtet (Ifo-Schnelldienst Nr. 10/1977, S. 11).

Obwohl die Exportposition der Bundesrepublik so stark ist, mehren sich doch die Klagen der Industrie über die wachsende Konkurrenz sowohl der sozialistischen Länder als auch vor allem der Entwicklungsländer.

Den Hintergrund dieser Klagen bildet das veränderte internationale Kräfteverhältnis. Den imperialistischen Industriestaaten erwachsen in der Welt Konkurrenten, die diese vor allem im Wachstumstempo der Industrieproduktion überflügeln.

Durchschnittliche Wachstumsraten der Industrieproduktion in Prozent

	Entwicklungsländer	Kapitalistische Industrieländer	Sozialistische Länder ¹
1960-1970	+6,4	+6,0	+6,8
1971	+7,0	+2,0	+9,0
1972	+9,3	+6,9	+7,3
1973	+9,4	+9,2	+9,4
1974	+6,3	0,0	+9,4
1975	+2,9	-6,7	+9,3

(Quelle: UN, Monthly bulletin of Statistics, Feb. 1977)
¹ Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, CSSR, UdSSR, Ungarn

So können einige Entwicklungsländer verstärkt dazu übergehen, zumindest ihre eigenen Bedürfnisse auch an wichtigen Industriewaren selbst zu decken. Ebenfalls spielt der Handel mit den sozialistischen Ländern eine Rolle, deren Stärke vor allem die Kontinuität der Entwicklung ist. Dadurch wird der Spielraum der imperialistischen Länder auch im Welthandel verengt, ohne daß die Entwicklungsländer allerdings in der Lage sind, ihrerseits in die Märkte der imperialistischen Länder einzudringen.

Importanteile der Entwicklungsländer an den Gesamtimporten der BRD in Prozent

	1965	1975
Industrie insgesamt	9,0	7,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	8,5	4,7
darunter:		
Eisenverarbeitende Industrie	0,3	1,4
Chemische Industrie	2,6	2,4
Investitionsgüter	0,4	3,3
darunter:		
Maschinenbau	0,2	0,8
Elektrotechnik	0,7	5,3
Feinmechanik	0,7	6,3
Verbrauchsgüter:	10,1	15,0
darunter:		
Lederverarbeitung	7,3	30,8
Textilindustrie	12,4	14,8
Bekleidung	14,3	29,5
Nahrungs- und Genußmittel	24,0	14,3

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 11, 12/77, S. 49)

Tatsächlich hat sich die Position der Entwicklungsländer auf den Märkten der BRD also insgesamt verschlechtert, der Verlust bei traditionellen Importwaren (Rohstoffe, Lebensmittel) konnte durch den Gewinn bei einigen Industriegütern nicht ausgeglichen werden.

Der Gewinn entfällt zudem auf nur wenige, relativ arbeitsintensive Bereiche. Außerdem sind es nur wenige südostasiatische Länder, die ihre Position verbessern konnten: Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan. Dort ist es meist Kapital aus den entwickelten kapitalistischen Ländern, das sich unter Ausnutzung niedriger Löhne ansiedelt und nun als Konkurrent auf den alten Inlandsmärkten auftritt. Bei den Klagen einiger Industriezweige über „Billigimporte“ aus Entwicklungsländern sollte berücksichtigt werden, daß es sich hierbei in der Regel um „ausgewandertes“ Kapital handelt, nicht um die Entwicklungsländer selbst.

2. Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Die stark verlangsamte Konjunktorentwicklung hat sich auch auf die Unternehmergewinne ausgewirkt. Obwohl aus den ersten Monaten 1977 noch keine endgültigen Ergebnisse vorliegen, wird sichtbar, daß die Gewinnexpansion sich im laufenden Jahr gegenüber 1976 – wenn auch verlangsamt – fortsetzen wird. Die Unternehmer können den außergewöhnlichen Profitsprung des Jahres 1976 nicht nur halten, sondern sogar noch weiter ausbauen. Die großen Konzerne erwarten für 1977 eine „weitere Ergebnisverbesserung“ (Philips), „Rekordgewinne“ (VW) oder man glaubt zumindest, „das Ergebnis von 1976 halten zu können“ (Standard Elektrik Lorenz), (zitiert nach Wirtschaftswoche). Einen gewissen Überblick gibt eine Berechnung des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ (IW), des Wirtschaftsinstituts der Unternehmer, das die Gewinnlage der Industrieunternehmen untersucht hat. Dabei muß berücksichtigt werden, daß dieses Institut als Sprachrohr der Industrie in der Öffentlichkeit die Lage der Unternehmer so schlecht wie möglich darzustellen sucht.

Veränderung der Erträge und Aufwendungen der Industrie in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	1975	1976	1977 ¹
Umsatz	- 0,1	+10,6	+ 9,5
Materialverbrauch	0,0	+11,0	+ 9,6
Löhne und Gehälter	+ 3,3	+ 6,5	+ 8,5
Erträge aus Finanzanlagen	+ 8,8	+12,0	+10,0
Jahresüberschuß	-14,0	+35,0	+10,0

(Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Beilage zu Nr. 19/77)
1 Schätzungen

Es muß berücksichtigt werden, daß vor allem der Posten „Löhne und Gehälter“ erhebliche Gewinnanteile – in Form von Pensionsrückstellungen – enthält und daß die Steuern infolge der Körperschaftsteuerreform für 1977 überhöht ausgewiesen werden.

Doch selbst unter Berücksichtigung dieser Faktoren erwarten die Unternehmer einen Zuwachs von 10 Prozent der ausgewiesenen Gewinne.

Auch soll der Anteil der Löhne und Gehälter am Industrieumsatz weiter zurückgehen, obwohl er schon 1976 leicht unter dem Niveau von 1970 gelegen hat.

Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz der Industrie in Prozent

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
23,79	24,53	24,74	24,92	24,23	24,91	23,77

(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976, S. 235; Wirtschaft und Statistik, 3/77, S. 165ff.)

Zum Verständnis dieser Tabelle muß hinzugefügt werden, daß es sich hierbei nur um Bruttoeinkommen handelt. Der Umverteilungseffekt durch die Lohnsteuer, der ja über Steuererleichterungen und Subventionen zu Kostenentlastungen der Unternehmer führt, ist nicht berücksichtigt.

Die Gewinnlage der westdeutschen Konzerne ist also insgesamt sehr günstig. Das betonte unlängst sogar die Frankfurter Allgemeine in einem kleinen Kommentar, sonst immer bemüht, die Lage der Unternehmer schwarz in schwarz zu zeichnen. In dem Bestreben die Gewinnlage der britischen Wirtschaft – trotz Gewinnsteigerungen im Jahre 1976 – so ungünstig wie möglich darzustellen, beklagt sie die „niedrige“ Eigenkapitalrendite der englischen Konzerne in Höhe von real immerhin etwa 4 Prozent. Diese Zahl bezieht sich auf das Krisenjahr 1975. In Klammern setzt sie – mit dem Stolz des seinen Konkurrenten überlegen Kapitalisten – hinzu: „In der Bundesrepublik waren es ohne Inflationsausgleich etwa 15 Prozent“ (Frankfurter Allgemeine v. 17. 5. 1977).

Da staunt der Leser: Im Jahre 1975, mitten in der Krise, mitten im angeblichen Profilverfall, erzielten die westdeutschen Unternehmen eine Rendite von 15 Prozent (Zum Vergleich: die „Rendite“ eines kleinen Sparers lag bei nominal 4 Prozent).

Geht man von den Angaben des IW aus, nach denen sich die ausgewiesenen Gewinne 1976 um 35 Prozent erhöht haben und 1977 bei stagnierenden Investitionen um weitere 10 Prozent steigen werden, dann läßt sich die gegenwärtige „Eigenkapitalrendite“ leicht schätzen: mehr als 22 Prozent.

2.2 Konzentration

Der oben gezeigte Überblick über die Gewinnentwicklung der Industrie vernachlässigt die Tatsache, daß sich die steigenden Gewinnsummen auf immer weniger Betriebe verteilen.

Industriebetriebe

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
56219	56111	55796	55450	54543	52756	51085

(Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, 5/77, S. 146)

Zwischen 1970 und 1976 hat sich die Zahl der Industriebetriebe also um mehr als 5000 vermindert. Allein in den letzten 3 Jahren sank sie um mehr als 4000.

Noch rascher vollzog sich diese Entwicklung im Baugewerbe.

Betriebe im Bauhauptgewerbe

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
64339	63436	63005	62139	60771	58468	58354

(Quelle: Ebd.)

Der Prozeß der Vernichtung kleinerer und mittlerer Betriebe scheint sich immer noch zu beschleunigen.

So wurden allein in den ersten beiden Monaten des Jahres 1977 1680 Unternehmenszusammenbrüche registriert, nochmals 103 oder 6,5 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Pleitewelle hat also ihren Höhepunkt noch nicht erreicht.

Daran läßt sich ablesen, in welchem Maße gegenwärtig monopolistische Profitumverteilungen stattfinden: Die Masse der kleineren und mittleren Unternehmen scheint von dem Profitboom der privaten Wirtschaft vollkommen ausgeschlossen zu sein.

Dieser Vorgang hat auch erhebliche Bedeutung für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Nach einer Untersuchung des Max-Planck-Instituts für Privatrecht, die sich mit den Folgen von Konkursen befaßt, wurden durch die mehr als 9000 Pleiten im Jahre 1975 mehr als 100 000 Arbeitsplätze vernichtet.

Wie wenig „gesund“ dieser Prozeß der Konzentration häufig ist, zeigt sich im Einzelhandel. Hier hat der Konkurrenzkampf vor allem in kleinen und mittleren Ortschaften bereits zu fühlbaren Versorgungsproblemen geführt.

Konzentration im Einzelhandel

Umsatz	Anteil am Gesamtumsatz in %			Anteil an der Unternehmenszahl in %		
	1964	1970	1976	1964	1970	1976
bis 100 000 DM	9,3	4,6	1,5	49,8	39,3	26,3
bis 250 000 DM	18,3	11,7	5,9	31,7	31,9	28,7
bis 1 Mill. DM	25,1	24,8	21,4	16,1	24,0	34,0
bis 10 Mill. DM	19,6	23,3	28,7	2,3	4,5	10,5
über 10 Mill. DM	27,7	35,6	42,5	0,1	0,3	0,5

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 11. 12/77, S. 57)

Es findet hier ein Strukturwandel statt, der den Charakter des Einzelhandels radikal verändert: Von einer Domäne des selbständigen Mittelstandes zu einem vom kapitalistischen Großbetrieb geprägten Wirtschaftszweig. Auch hier werden die Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation beträchtlich sein.

Immerhin entfielen auch 1976 von den etwa 350 000 Einzelhandelsgeschäften mehr als 92 000 auf die kaum noch lebensfähige Größenklasse bis 100 000 DM Jahresumsatz.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter hat sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1977 nicht wesentlich beschleunigt.

Tariflöhne und -gehälter auf Monatsbasis

	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
1974	+ 12,5
1975	+ 8,5
1976	- 5,9
1977	
Jan.	- 6,6
Febr.	+ 6,9
März	+ 6,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/77, S. 69¹)

Die bisher abgeschlossenen Tarifverträge bringen auch für die Zukunft keine Beschleunigung mit sich, so daß sich die Einkommenssituation 1977 nicht wesentlich verändern wird. Da sich die Kurzarbeit 1977 kaum noch vermindern wird und die Beschäftigungssituation insgesamt keine wesentliche Zunahme des Arbeitsvolumens erwarten läßt, dürfte der Zuwachs der Effektiveinkommen nicht wesentlich über dem der Tarifeinkommen liegen.

Tarifliche und effektive Einkommen in % geg. Vorjahr

	Industriearbeiter-Tarif		Angestellte I. Industrie u. Handel-Effektiv	
	Tarif	Effektiv	Tarif	Effektiv
1972	+ 8,7	+ 8,7	+ 8,9	+ 8,5
1973	+ 9,1	+ 10,4	+ 9,7	+ 9,9
1974	+ 11,6	+ 10,0	+ 11,6	+ 10,0
1975	+ 8,8	+ 7,6	+ 8,9	+ 7,8
1976	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,7	+ 6,4

1 Stundenlohn männlicher Industriearbeiter
2 Monatsgehälter männlicher Angestellter
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 275)

Die Auswirkungen der Steuerprogression werden 1977 noch schärfer greifen als 1976, weil immer mehr Beschäftigte in die Progressionszone geraten. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts wird die Abgabenelastizität 1977 bei 1,63 liegen. Das heißt, bei einem Anstieg der Bruttolohnsumme um 1 Prozent steigen die gesamten Abgaben – Lohnsteuer und Sozialabgaben – um 1,63 Prozent.

Bei einem Anstieg der Bruttolöhne – und -gehälter um 6 Prozent würden demnach die Nettoeinkommen nur noch um 4,4 Prozent zunehmen – etwa in Höhe der für 1977 zu erwartenden Inflationsrate. Bei einem Anstieg der Bruttoeinkommen um 7 Prozent wird die Nettosteigerungsrate bei 4,9 Prozent liegen. Die Kluft zwischen Brutto- und Nettoeinkommenszuwachs wächst also progressiv.

Zunahme der Arbeitsproduktivität in der Industrie 1976¹

	Zunahme in Prozent gegenüber dem Vorjahr		
	Produktion je Beschäftigten	Produktion je Arbeitsstunde	Tarifliche Stundenlöhne ²
Verarbeitende Industrie	+ 10,2	+ 8,1	+ 5,7
darunter:			
Eisenschaffende Industrie	+ 5,8	- 4,3	- 4,9 ²
Maschinenbau	+ 5,3	+ 4,1	+ 4,9
Kaltwalzwerke	+ 17,2	+ 12,6	-
NE-Metallindustrie	+ 24,6	+ 18,1	- 5,1
Chemische Industrie	+ 17,3	+ 14,1	+ 7,2
Papierindustrie	- 25,4	+ 15,8	- 5,2
Straßenfahrzeugbau	+ 8,8	+ 7,3	- 5,0
Elektrotechnik	+ 12,8	+ 8,3	+ 5,1
Textilindustrie	- 13,0	+ 10,2	- 5,8

1 Stundenlöhne der Arbeiter. Die Branchenabgrenzung ist nicht immer voll vergleichbar.
2 Einschließlich Kaltwalzwerke.

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 253 und 259¹)

Hält sich die Lohnentwicklung auch weiterhin in den Grenzen der bisher abgeschlossenen Tarifverträge, dann dürfte nach einem Reallohnrückgang im Jahre 1976 auch im laufenden Jahr keine kräftige Reallohnbelegung zu erwarten sein.

Demgegenüber stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie teilweise explosionsartig an.

Hält man sich vor Augen, daß die Unternehmer zusätzlich noch die Preise für ihre Produkte erhöhten, so wird die Quelle der Gewinnexplosion schnell ersichtlich: Die ungeheure Steigerung der Arbeitsproduktivität und die ruckartige Senkung der Lohnkosten pro Produkteinheit.

Die gedämpfte Lohnentwicklung hat sich auch auf den privaten Verbrauch und die Einzelhandelsumsätze ausgewirkt – und somit als Konjunkturbremse gewirkt. Zwar haben die Einzelhandelsumsätze 1976 zugenommen – finanziert teilweise durch Konsumentenkredite – aber doch langsamer als von offizieller Seite erwartet worden war.

Einzelhandelsumsätze (preisbereinigt) in Prozent gegenüber dem Vorjahr

1971	1972	1973	1974	1975	1976	Jan. 1977	Febr. 1977
+ 5,0	+ 4,5	+ 0,9	- 2,2	+ 2,6	+ 3,1	- 1,0	+ 0,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/77, S. 66¹)

Zum Jahresbeginn scheint sich die Entwicklung wieder abgeschwächt zu haben. Die Arbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), die Anfang des Jahres noch mit einem realen Umsatzplus von 2 Prozent gerechnet hatte, hat inzwischen auch diese Prognose zurückgeschraubt (Frankfurter Rundschau v. 14. 5. 1977).

Kann diese Entwicklung angesichts der Lohnentwicklung und der Einschränkungen im sozialen Bereich nicht überraschen, so steht sie doch im Gegensatz zu den meisten Prognosen. Diese haben meist eine stärkere Expansion des privaten Verbrauchs erwartet und sich dabei auf die Hoffnung gestützt, daß die Arbeiter und Angestellten verstärkt ihre Ersparnisse angreifen würden.

Das ist zumindest nicht im erwarteten Ausmaß geschehen. So rechnete das „Herbstgutachten“ 1976 der 5 Wirtschaftsforschungsinstitute noch mit einem Rückgang der laufenden Ersparnisse um 3 Prozent. Das war im Oktober 1976, nur wenige Monate vor Jahresende. Tatsächlich wurde 1976 nur 0,8 Prozent weniger gespart als im Vorjahr.

Auch 1977 wurde wieder erklärt, Lohnerhöhungen seien vom Standpunkt der Kaufkraftentwicklung überflüssig: es würden „vermögenswirksame“ Leistungen in Höhe von 25 Milliarden DM frei. Diese würden in den privaten Verbrauch fließen und den notwendigen konjunkturellen Impuls ausüben.

Das war schon immer eine Spekulation, die angesichts der gedämpften Einkommensentwicklung und anhaltender sozialer Unsicherheit wenig Wahrscheinlichkeit für sich hatte.

Tatsächlich zeigen die bisher vorliegenden Ergebnisse, daß nur ein kleiner Teil der „vermögenswirksamen“ Anlagen in den Konsum fließt.

So ergab eine Umfrage bei den Sparkassen, daß nur 15 Prozent der freierwerbenden Mittel tatsächlich für Konsumausgaben im weitesten Sinne – einschließlich Reisen – ausgegeben werden. Das wären bei einer Gesamtsumme von 25 Milliarden DM weniger als 4 Milliarden DM, knapp 1 Prozent der Nettolohn- und -gehaltssumme (Frankfurter Rundschau v. 29. 4. 1977). Die auch konjunkturell dringend erforderliche Konsumbelegung kann also weder von einer gesenkten „Sparquote“ noch von freierwerbenden „vermögenswirksamen“ Anlagen erwartet werden: Einzig und allein eine kräftige reale Lohnerhöhung und eine Aufstockung der sozialen Leistungen könnte den „Konsumstoß“ bringen, der ja auch von den bürgerlichen Konjunkturforschern als notwendig betrachtet wird.

3.2 Einkommensverteilung

Die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten, d. h. ihr Anteil am Volkseinkommen, hat sich infolgedessen deutlich verschlechtert.

Das zeigt die Fortschreibung einer erstmals in den „Informationen“ Nr. 2/1975 aufgestellten Verteilungsrechnung.

Einkommen in Mrd. DM seit 1950

	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Nettolöhne und -gehälter
1950	75,4	45,0	34,9
1955	140,8	83,7	63,7
1960	235,7	142,8	104,9
1961	258,0	160,5	117,4
1962	277,5	177,5	129,4
1963	295,8	190,4	138,2
1964	324,3	208,4	151,4
1965	355,3	230,0	168,5
1966	377,1	247,6	178,5
1967	376,0	247,9	177,7
1968	416,9	266,3	187,9
1969	460,6	300,1	206,7
1970	529,2	353,2	238,6
1971	585,7	400,2	262,2
1972	639,9	439,2	286,1
1973 ²	714,5	498,6	311,5
1974 ²	766,6	546,7	335,9
1975	797,5	569,3	348,0
1976	870,6	610,2	361,4

(Quellen: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD, Ausgabe 1971, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit u. Sozialordnung, S. 15; Leistung in Zahlen '73, hrsg. v. Bundesministerium für Wirtschaft, S. 19; Wirtschaft und Statistik, 9/76, S. 535; DIW-Wochenbericht 3-4/77)

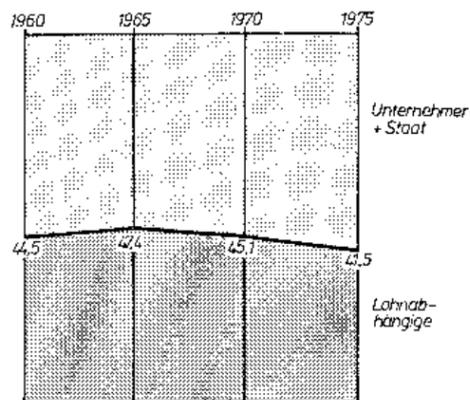
Zwar liegt die Bruttolohnquote – darauf wird von Unternehmerseite unermüdlich hingewiesen – noch knapp über dem Stand von 1970. Das ist aber allein dem rasanten Anstieg von Lohnsteuern und Sozialabgaben geschuldet. Denn der Anteil der Nettoarbeitsentlohnung am Volkseinkommen ist auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik angelangt. Die Steuerreform hat hier nur wenig Entlastung gebracht. Bezieht man das zusätzliche Kindergeld, das ja bis 1974 ins Steuersystem integriert und insofern bei der Berechnung der Nettolohnquote berücksichtigt worden war, ein (soweit es an abhängig Beschäftigte floß), so erhöhen sich die Nettolohnquoten 1975 und 1976 um jeweils etwa 1,2 Prozent. Aber auch dann liegt selbst die unbereinigte Quote 1976 schon wieder tiefer als 1973, vor der Steuerreform.

Anteile am Volkseinkommen in Prozent

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolöhne und -gehälter		Abhängig Beschäftigte in % der Erwerbstät.
	Tatsächliche Quote	Korrigierte Quote ¹	Tatsächliche Quote	Korrigierte Quote ¹	
1950	58,4	58,4	46,3	46,3	68,5
1955	59,4	54,1	45,2	41,9	73,9
1960	60,6	53,6	44,5	39,2	77,5
1961	62,2	54,7	45,5	40,0	77,9
1962	64,0	55,6	46,6	40,5	78,8
1963	64,4	55,5	46,7	40,2	79,5
1964	64,3	54,9	46,7	39,8	80,3
1965	64,7	54,8	47,4	40,1	80,9
1966	65,7	55,4	47,3	39,9	81,2
1967	65,9	55,7	47,2	39,9	81,1
1968	63,9	53,6	45,1	37,9	81,6
1969	65,2	54,1	44,9	37,3	82,5
1970	66,7	54,8	45,1	37,0	83,4
1971	68,3	55,8	44,7	36,5	83,9
1972	68,6	55,8	44,7	36,4	84,2
1973 ²	69,8	56,6	43,6	35,3	84,5
1974 ²	71,3	57,8	43,8	35,5	84,5
1975	71,4	57,9	43,6	35,3	84,5
1976	70,1	56,6	41,5	33,5	84,8

(nach eigenen Berechnungen)
 1 Die Quoten werden um die veränderte Beschäftigungsstruktur bereinigt, d. h. die Lohnquote so berechnet, als hätte sich der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen seit 1950 nicht geändert
 2 Die Zahlen für 1973 und 1974 wurden nach neuen Angaben leicht korrigiert

Anteil der Nettolöhne u. -gehälter am Volkseinkommen in Prozent



IMSF

3.3 Sozialbudget

Die bisher verfügten sozialen Einschränkungen auf den verschiedenen Ebenen haben sich inzwischen auch finanziell deutlich bemerkbar gemacht. Die „Sozialleistungsquote“ ist 1976 erstmals seit langer Zeit gesunken – obwohl die Arbeitslosigkeit praktisch unverändert geblieben ist.

Die „Sozialleistungsquote“ beschreibt den Anteil der im „Sozialbudget“ zusammengefaßten Sozialleistungen von Staat, Sozialversicherungen und Unternehmern am Bruttoeinkommen. Vorausgeschickt werden muß, daß die Höhe der Quote allein noch wenig aussagekräftig ist: Sie gibt keine Auskunft darüber, von wem die Sozialleistungen finanziert worden sind.

Sozialbudget und Sozialleistungsquote

	Mrd. DM	Sozialbudget in %	Sozialleistungsquote ¹ in %
1970	174,7	+ 13,8	25,5
1971	198,8	+ 13,8	26,1
1972	224,0	+ 12,7	26,9
1973	252,6	+ 12,8	27,2
1974	287,5	+ 13,8	28,8
1975	334,0	+ 16,2	32,0
1976	356,9	+ 6,9	31,4

1 In % gegenüber dem Vorjahr
 2 Sozialbudget in % des Bruttoeinkommens
 (Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik 5/77, S. 142)

Während der leicht beschleunigte Anstieg 1973–1975 auf die Zunahme der sozialen Probleme – Arbeitslosigkeit, Frühpensionierung usw. – zurückzuführen ist, stellt das Jahr 1976 einen radikalen, durch das „Haushaltsstrukturgesetz“ gekennzeichneten Einschnitt dar: Obwohl die Probleme weiter zunehmen, geht die „Sozialleistungsquote“ zurück.

Ein Überblick über die einzelnen Posten zeigt, wo es zu absoluten Einbußen gekommen ist.

Sozialbudget in ausgewählten Positionen

	1975		1976	
	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %
Sozialbudget insgesamt	334,0	+ 16,2	356,9	+ 6,9
darunter:				
Rentenversicherung	101,1	+ 13,8	114,2	+ 13,0
Krankenversicherung	61,6	+ 17,7	68,2	+ 10,7
Arbeitsförderung ¹	18,4	+ 76,6	16,5	- 10,3
Kindergeld	14,7	+ 352,5	14,4	- 1,8
Beamtenrechtliches System ²	37,7	+ 5,3	38,8	+ 2,9
Arbeitgeberleistungen ³	25,8	+ 2,0	27,4	+ 6,2
Entschädigungen ⁴	15,8	+ 7,6	16,3	+ 3,4

Soziale Hilfen	31,6	+ 11,4	33,4	+ 5,6
darunter:				
Sozialhilfe	8,6	+ 15,6	9,7	+ 12,5
Jugendhilfe	3,7	- 13,9	4,0	+ 7,7
Ausbildungsförderung	2,9	- 41,9	2,7	- 6,4
Wohngeld	1,8	+ 12,7	1,7	- 3,3

1 Bundesanstalt für Arbeit
 2 Beamtenpensionen, Familienzuschläge usw.
 3 Vermögenswirksame Leistungen, Lohnfortzahlung usw.
 4 Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich usw.
 (Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, 5/77, S. 161)

Beim Wohngeld und bei den Ausbildungsbeihilfen macht sich bemerkbar, daß viele Berechtigte wegen der starren Einkommensgrenzen aus dem Empfängerkreis herauswachsen.

Der geringe Anstieg im „Beamtenrechtlichen System“ ist teilweise auf die durch das Haushaltsstrukturgesetz verkürzten Beihilfen zurückzuführen.

Auf der Finanzierungsseite ist ein allmählicher Strukturwechsel sichtbar, der durch ein allmähliches Absinken der staatlichen Finanzierungsleistungen gekennzeichnet ist.

Finanzierung des Sozialbudgets

	1969		1975		1976	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Sozialbudget insgesamt	155,1	100,0	333,7	100,0	356,9	100,0
Versichertenbeiträge	31,9	20,6	69,9	20,9	77,6	21,7
Arbeitgeberleistungen	31,2	20,1	73,9	22,1	83,1	23,3
Unterstellte Arbeitgeberleistungen ¹	25,9	16,7	52,6	15,8	55,6	15,6
Staatliche Zuweisungen	59,3	38,2	121,0 ²	36,2	124,1	34,8
Sonstige Einnahmen ³	6,8	4,4	17,2	5,0	16,7	4,6

1 Vor allem Zahlungen der öffentlichen Hand an die Bediensteten
 2 Private Leistungen
 3 Die Umstellung des Kindergeldes vermindert die Vergleichbarkeit
 (Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, 5/77, S. 161, 7/76, S. 221)

Allmählich steigen die Beitragsanteile der Versicherten, wobei berücksichtigt werden muß, daß ja auch die Arbeitgeberanteile praktisch als Lohnbestandteile betrachtet und in den Tarifverhandlungen immer als solche in die Diskussion gebracht werden.

Die Entwicklung des Sozialbudgets im Jahre 1976 zeigt allerdings nur die Entwicklungsrichtung dieses Bereichs. Die vollen finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Maßnahmen und der geplanten gesetzlichen Veränderungen auf allen Gebieten der Sozialpolitik werden sich erst in den kommenden Jahren auch statistisch niederschlagen.

Das Ziel aber ist klar: die drastische Verringerung der Sozialleistungsquote bei gleichzeitiger Veränderung der Finanzierungsstruktur zu Lasten der Versicherten.

3.4 Preise

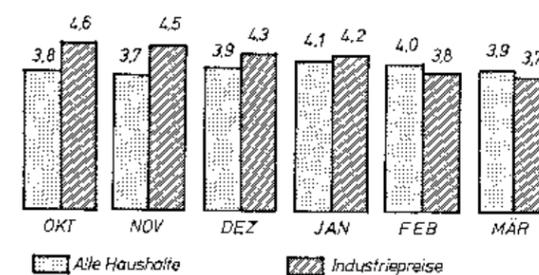
Das Tempo der Preissteigerungen hat sich in den letzten Monaten nicht mehr verändert. Es liegt bei den Lebenshaltungskosten bei etwa vier Prozent.

Lebenshaltungskosten in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Alle Haushalte in % geg. Vormonat		Arbeitnehmerhaushalte ¹ in % geg. Vormonat	
	Vormonat	Vorjahresmonat	Vormonat	Vorjahresmonat
Okt.	+ 0,1	- 3,8	+ 0,1	+ 3,7
Nov.	+ 0,2	+ 3,7	+ 0,3	+ 3,7
Dez.	+ 0,5	- 3,9	+ 0,5	+ 3,9
Jan.	+ 0,9	- 4,1	+ 0,9	+ 4,0
Febr.	+ 0,6	+ 4,0	- 0,6	+ 3,8
März	+ 0,3	- 3,9	+ 0,3	+ 3,7
April	+ 0,5	+ 3,8	-	-

1 Fiktiver Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 277)

Lebenshaltungskosten 1976
 Steigerung in Prozent gegenüber Vorjahrsmonat



IMSF

Vergleicht man die Situation des Vorjahres, so liegen die Preise einiger stark saisonabhängiger Produkte wie Kartoffeln und Tomaten gegenwärtig etwas niedriger.

Preissprünge nach oben sind dagegen bei Bohnenkaffee (+ 44,3 % im April) zu verzeichnen. Auch Tee und Kakao steigen beschleunigt im Preis.

Das muß vor dem Hintergrund der internationalen Rohstoffpreise gesehen werden, die in den letzten Monaten stark gestiegen sind.

Index der Rohstoffpreise¹

	März 1977 in % gegenüber März 1976	Dezember 1976
Insgesamt	+ 19,6	+ 11,2
Nahrungs- und Futtermittel	+ 43,3	+ 25,8
darunter:		
Getreide/Zucker	+ 84,8	+ 41,7
Industrierohstoffe	+ 11,9	+ 6,1
darunter:		
Erdöl	+ 8,7	+ 6,6
Eisen und Stahl	- 9,1	- 3,2
NE-Metalle	+ 28,3	+ 20,6

1 Berechnet vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung auf Dollar-Basis
 (Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 20. 4. 77)

Gestiegen sind also vor allem die Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe. Kaffee war Ende April auf den Rohstoffmärkten mit 2,97 Dollar je Pfund um 133 Prozent teurer als im Vorjahr.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Wertverlust des Dollar insbesondere gegenüber der DM eine Entlastung der bundesdeutschen Importeure darstellt. Ein Dollar kostete im März 1977 nur noch 2,39 DM, 6,6 Prozent oder 17 Pfennige weniger als ein Jahr zuvor.

Der westdeutsche Erdölimporteur z. B. hatte also tatsächlich nur etwa 2 Prozent mehr zu zahlen als im Vorjahr.

So bedeutet auch insgesamt die Aufwertungstendenz der DM eine Verbilligung der Importe – d. h. praktisch einen Export der Inflation.

Während der Lebenshaltungskostenindex im Steigerungstempo wenig Veränderungen aufweist, hat sich das Tempo der Industriegüterpreise etwas verlangsamt.

Ausgewählte Preise in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrie-preise	Großhandels-preise	Einzelhandels-preise
Okt.	+ 4,6	+ 5,6	+ 3,3
Nov.	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,4
Dez.	+ 4,3	+ 4,7	+ 3,7
Jan.	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,9
Febr.	+ 3,8	+ 2,3	- 3,7
März	+ 3,7	+ 1,3	+ 3,7
April	+ 3,4	-	-

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 277)

Im Jahresdurchschnitt, so die Prognosen, werden die Lebenshaltungskosten sich um etwa 4 Prozent erhöhen. Das ist jedoch kaum als Erfolg der „Stabilitätspolitik“ der Bundesregierung zu werten. Die gedämpfte Konjunktur und die angesichts generell unterausgelasteter Kapazitäten verschärfte Konkurrenz wirkt zwar dämpfend auf die Preise, ohne allerdings Preiserhöhungen zu verhindern.

Zudem entlasten die verbesserten internationalen Austauschverhältnisse – die „Terms of Trade“ lagen im März 1977 um 3,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres – die Industriepreise und vergrößern den Gewinnspielraum der Unternehmen.

Für die nächsten Monate dürfte keine wesentliche Veränderung der Preissituation zu erwarten sein. Allerdings beschleunigt sich das Inflationsstempo in den meisten anderen kapitalistischen Industrieländern wieder, so daß auf längere Sicht auch in der Bundesrepublik mit kräftigeren Preissteigerungsraten gerechnet werden muß.

3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse

Anfang Mai 1977 lagen für etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte Tarifabschlüsse vor (ca. 16,6 Millionen Beschäftigte werden von Tarifverträgen erfaßt). Obwohl, wie der Druckerstreik 1976 belegt, auch kleinere Gewerkschaften entscheidende Akzente in einer Tarifrunde setzen können, prägen die großen Tarifbewegungen in der Stahl- und Metallindustrie und im öffentlichen Dienst für insgesamt rund 6 Millionen Beschäftigte im wesentlichen den Ablauf.

Es zeigt sich, daß trotz aller konjunkturellen Aufschwungstendenzen auch in dieser Tarifrunde keine Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt werden konnten, die spürbar über den Abschlüssen der Krisenjahre 1974/75 (Durchschnitt: 6–7 Prozent) und 1975/76 (Durchschnitt 5–6 Prozent) liegen. Sofern die Tariflohn- und Gehaltserhöhungen im höchsten Maße ein weiteres Absinken der Reallohn- und Gehaltsverhältnisse verhindert werden. Sie können aber auf keinen Fall die realen Vorleistungen der Arbeiter und Angestellten in Form der erheblich gestiegenen Arbeitsproduktivität ausgleichen.

In einer ersten Phase bis Ende 1976 lagen die Lohn- und Gehaltserhöhungen in anderen Tarifbereichen in etwa in der Höhe des Stahlabschlusses, so in der papiererzeugenden Industrie bei 6 Prozent, in der Schuhindustrie bei 6,1 Prozent. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff konnte allerdings auch schon im Herbst 1976 in Teilen der holzverarbeitenden Industrie Abschlüsse bis zu 6,5 Prozent durchsetzen.

In der zweiten Phase ab Januar 1977 lag das Volumen der Abschlüsse nach der Lohn- und Gehaltserhöhung in der Metallindustrie von 6,9 Prozent etwas höher. Allerdings zeigt das Ergebnis im öffentlichen Dienst von nur 5,3 Prozent, daß die Unternehmer alles versuchten, um selbst dieses noch unzureichende Niveau wieder zu drücken. Im Januar schloß die IG Druck und Papier in der Papierindustrie und im April in der Druckindustrie mit 6,6 Prozent ab. Die HBV vereinbarte im März für die Bankangestellten und im April für das Versicherungsgewerbe Erhöhungen von 6,5 Prozent. Im Groß- und Einzelhandel Hessen konnte im Februar durch die HBV ein Abschluß von 6,95 Prozent durchgesetzt werden.

In den 53 Betrieben der Zuckerindustrie mit insgesamt nur 11 000 Beschäftigten konnten durch die NGG nach einer Urabstimmung am 14. März, in der sich 90,2 Prozent für Kampfmaßnahmen aussprachen, Lohn- und Gehaltserhöhungen im Volumen von 7,2 Prozent erreicht werden. Eine zweite Urabstimmung nach dem Abschluß im April, in der noch 39,4 Prozent gegen den Kompromiß votierten, zeigt, daß das Erwartungsniveau großer Teile der Mitgliedschaft noch höher lag.

Besonderer Konfliktstoff existierte in zwei Bereichen in der Bauindustrie und der Chemieindustrie. Die Tarifverhandlungen in der Bauindustrie waren in der Vergangenheit in besonderer Weise durch die extrem sozialpartnerschaftliche Praxis der IG Bau-Steine-Erden geprägt gewesen. Die Bauindustrie gehört zu den wenigen Bereichen in der Bundesrepublik, in denen es in den letzten 15 Jahren weder zu Warnstreiks während der Tarifauseinandersetzungen noch zu größeren Arbeitskämpfen gekommen ist. 1962 hatte die Gewerkschaft mit dem Unternehmerverband nach einem Streik in „gegenseitiger Anerkennung ih-

rer ordnenden Funktion“ ein Abkommen geschlossen, um „im Interesse des gemeinsamen Wohls den höchstmöglichen sozialen und wirtschaftlichen Wirkungsgrad der Bauwirtschaft zu erreichen“ (Frankfurter Rundschau, 23. 2. 1977). Das hatte in der Tarifpolitik dazu geführt, daß weder eine willensbildende Mitgliederdiskussion noch überhaupt ein Beschluß der Tarifkommission vor Beginn der Verhandlungen veröffentlicht wurde. Um so bemerkenswerter ist der jetzt zu beobachtende „Klimawechsel“. Schon 1975 waren die Verhandlungen fast gescheitert, 1976 gab es erstmals wieder ein Schlichtungsverfahren. „Die Krise am Bau macht aus Sozialpartnern wieder Gegner. Die als gesellschaftspolitische Modell sowie gepriesene Sozialpartnerschaft ist angesichts der nachlassenden Baukonjunktur brüchig geworden“ (ebenda).

In den letzten drei Jahren mußten über 400 000 Arbeiter und Angestellte aus dem Baugewerbe ausscheiden. In der Lohnskala sind die Effektivverdienste im Bauhauptgewerbe nach Angaben der Gewerkschaft seit 1975 vom 7. auf den 19. Platz gerutscht. Dies führte offensichtlich dazu, daß in besonderem Maße qualifizierte Facharbeiter abwanderten.

Der Beirat der IG Bau, Steine, Erden beschloß im Februar ein Forderungspaket von 8,5 Prozent Lohnerhöhungen, nach einer stufenweisen Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf ein 13. Monatslohn und strukturellen Änderungen im Lohngruppengefüge zugunsten höherqualifizierter Facharbeiter. Die Unternehmer „beklagten“ die vom bisherigen „Stil“ abgehende Veröffentlichung der gewerkschaftlichen Forderungen und provozierten mit einem Vier-Prozent-Angebot das Scheitern der Verhandlungen im März. Nachdem in der Schlichtung vom 5. April eine Empfehlung von 6,1 Prozent Lohnerhöhung und Aufstockung des 13. Monatslohns um 100 DM (Volumen: 6,9 Prozent) ebenfalls von der Gewerkschaft abgelehnt worden war, spitzte sich der Konflikt zu. Schon im März hatten zahlreiche Großversammlungen der Gewerkschaft mit insgesamt über 10 000 Teilnehmern stattgefunden. Im März und vor allem im April fanden zahlreiche Warnstreiks mit einem Schwerpunkt in Norddeutschland statt. Der Beirat der BSE diskutierte am 19. April über „Richtlinien für Arbeitskämpfe“, die bislang in dieser Gewerkschaft nicht existierten.

Am 29. April, einen Tag vor Auslaufen der „Friedenspflicht“, einigten sich jedoch Verhandlungskommissionen der Gewerkschaft und der Unternehmer auf folgenden Kompromiß: Lohn- und Gehaltserhöhung um 6,4 Prozent und eine Anhebung des 13. Monatslohns. Bauarbeiter erhalten ab 1. 5. 1978 eine zusätzliche Lohnerhöhung um 1,5 Prozent. Gewerkschaftsvorsitzender Sperner gab das Gesamtvolumen mit 7,2 Prozent, das sind 0,3 Prozent mehr als in der Schlichtung, an. Von großen Teilen der Mitgliedschaft wurde dieser Kompromiß jedoch als unzureichend bezeichnet.

Die Tarifbewegung in der Chemieindustrie fand auf dem Hintergrund eines besonders ausgeprägten Aufschwungs der Branchenkonjunktur statt. Besonders die Chemiegroßkonzerne BASF, Bayer und Hoechst erzielten Rekordmarken in bezug auf Umsatz, Gewinne und Investitionen. Trotzdem äußerte der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauenschild, schon vor Beginn der Verhandlungen, daß nach seiner Ansicht „dieses Jahr zur ‚Umverteilung‘ nicht geeignet erscheint“ (FAZ, 12. 3. 1977). In Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz wurden die Tarife zum 31. März gekündigt. In den anderen Bezirken laufen sie erst Ende April bzw. Mai aus.

Die Große Tarifkommission der IG Chemie beschloß im März folgende Forderungen: in Hessen und Rheinland-Pfalz 9,5 Prozent und in Nordrhein 8,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung. In Nordrhein und Rheinland-Pfalz wurden außer dieser Grundforderung noch Verbesserungen im Tarifgefüge zugunsten qualifizierter Facharbeitergruppen angestrebt. Diese sollen in Nordrhein durch Festbetragsanhebungen in bestimmten Lohngruppen von Arbeitern erreicht werden, die „vergleichbare Tätigkeiten“ leisten wie bestimmte technische Angestellte. In Rheinland-Pfalz wurden Zeitlohnzulagen für bestimmte Lohngruppen (vier und fünf) gefordert.

In den Verhandlungen zeigte sich, daß der Widerstand der Unternehmer sich u. a. auch gegen diese strukturellen Verbesserungen für qualifizierte Facharbeiter richtete. Während in Hessen am 27. April mit sieben Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung abgeschlossen wurde, wurde in den beiden anderen Bezirken nach einem Scheitern der Ver-

handlungen die Schlichtung eingeleitet. Dabei kam es insbesondere in Rheinland-Pfalz (BASF) zu Warnstreiks und Demonstrationen.

Während in Rheinland-Pfalz nach dem Scheitern der Schlichtung die Urabstimmung eingeleitet wurde, wurde im Bezirk Nordrhein kurz vor Auslaufen der Schlichtung mit sieben Prozent abgeschlossen.

Lohn- und Gehaltsabkommen Februar bis Mai 1977

Gewerkschaft	Abschluß	Bereich und Anzahl der Beschäftigten	Inhalt des Abkommens
OTV	Februar	Öffentlicher Dienst	5,3%, Urlaubsgeld-erhöhung 150 DM,
DPG	Februar	Bundespost und Bundesbahn (2,3 Mill.)	für untere Vergütungsgruppen Urlaubsverlängerung bis zu 2 Tage
GdED	März		6,95%
HBV	Februar	Groß- und Einzelhandel Hessen (116 000)	
HBV	März	Bankangestellte (290 000)	6,5%, 1 Tag mehr Urlaub für Angest. über 32 Jahre
IG Druck und Papier	April	Druckindustrie (160 000)	6,6%
HBV	April	Versicherungen (200 000)	6,5%
IG Chemie	April	Chemieindustrie Hessen (100 000)	7%
IG Bergbau	April	Ruhrbergbau (155 000)	6,4%, vermögenswirksame Leistungen von 13 auf 52 DM monatlich
NGG	April	Zuckerindustrie (11 000)	7,2%
IG Chemie	Mai	Chemieindustrie Nordrhein (200 000)	

3.6 Beschäftigung

Die Beschäftigung hat 1976, trotz Produktionsbelebung, weiter abgenommen. Vor allem die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen war stark rückläufig – Ausdruck des bereits angedeuteten Prozesses der Vernichtung selbständiger Mittelschichten.

Erwerbstätigkeit

	1974		1975		1976	
	in 1000	in % ¹	in 1000	in %	in 1000	in %
Erwerbspersonen insgesamt	26 797	- 0,7	26 397	- 1,5	26 136	- 1,0
Arbeitslose	582	+113,0	1 074	+84,4	1 060	- 1,3
Erwerbstätige darunter:	26 215	- 1,9	25 323	- 3,4	25 076	- 1,0
Selbständige	2 556	- 1,5	2 514	- 1,6	2 446	- 2,7
Mithelfende Familienangehörige	1 507	- 3,0	1 423	- 5,6	1 313	- 7,7
Abhängige darunter:	22 152	- 1,8	21 386	- 3,5	21 317	- 0,3
Ausländer	2 361	- 6,1	2 061	- 12,7	1 937	- 6,0

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 248)

Bezieht man die gemeldeten arbeitslosen Ausländer ein, so wurde der westdeutsche Arbeitsmarkt in den letzten zwei Jahren um fast 400 000 Arbeitskräfte „entlastet“. Die Masse der jetzt noch in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeiter ist aber fest in die Beschäftigungsstruktur integriert, kann also ohne empfindliche Störungen auch ökonomischer Natur nicht mehr entscheidend vermindert werden.

Der wachsende Zustrom deutscher Arbeitskräfte wird in der Zukunft in immer geringerem Maße durch die Abschiebung ausländischer Arbei-

ter kompensiert werden können, so daß mit einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht gerechnet werden kann.

Auffallend ist zudem, daß sich 1976 die Zahlen der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen beschleunigt verringert haben. Da die Insolvenzzahlen noch immer zunehmen, ist auch für 1977 nicht mit einer Umkehrung dieser Tendenz zu rechnen. Auch aus dieser Beschäftigtengruppe ist also mit einem verstärkten Zustrom auf den Arbeitsmarkt zu rechnen.

Das zeigt auch der Quartalsvergleich: Bis Ende 1976 hat sich das Rückgangstempo im Bereich der Selbständigen beschleunigt. Auf den westdeutschen Arbeitsmarkt strömt also bei nur noch langsam sinkenden Ausländerzahlen eine wachsende Zahl von beschäftigungssuchenden Schulabgängern und Selbständigen.

Während sich von der Angebotssseite her der Druck auf den Arbeitsmarkt verstärkt, stagniert die Nachfrage.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

	1974		1975		1976	
	in 1000	in % ¹	in 1000	in %	in 1000	in %
Land- und Forstwirtschaft	1 882	- 3,7	1 823	- 3,1	1 714	- 6,0
Produzierendes Gewerbe ²	12 398	- 3,4	11 615	- 6,3	11 379	- 2,0
Handel und Verkehr	4 707	- 2,3	4 571	- 2,9	4 500	- 1,6
Dienstleistungen	7 228	+ 1,7	7 314	+ 1,2	7 483	+ 2,3

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Vor allem Industrie und Baugewerbe (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/77, S. 249)

Erst im vierten Quartal 1976 kam der Rückgang der Beschäftigung – saisonbereinigt – zum Stillstand. Das ist jedoch nur einer leichten Zunahme im Dienstleistungsbereich zu verdanken. In allen anderen Bereichen war eine Stagnation oder sogar ein weiterer Rückgang zu registrieren.

Das wird sich auch in Zukunft nicht wesentlich ändern. So soll die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bis 1980 nur um 90 000 zunehmen – wobei die Möglichkeit einer neuen Krise natürlich außer Betracht bleibt.

Entscheidend für die Arbeitsmarktlage wird – wie in der Vergangenheit – die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich sein, wobei der öffentliche Dienst von wesentlicher Bedeutung ist.

Hat die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in der Vergangenheit einen gewissen Ausgleich am Arbeitsmarkt geschaffen, so verringert sich dieser Effekt immer mehr.

Im letzten Quartal 1976 hat die Beschäftigung im öffentlichen Dienst gegenüber dem Vorjahresquartal nur noch um 0,9 Prozent zugenommen. Gegenüber dem 3. Quartal 1976 war praktisch keine Ausweitung (+ 0,1 %) mehr zu registrieren. Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes (Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen) war schon zur Jahresmitte ein absoluter Rückgang zu verzeichnen.

Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst¹

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	in 1000	in %
1970	3077	+ 90
1971	3198	+ 121
1972	3296	+ 98
1973	3376	+ 80
1974	3421	+ 45
1975	3488 ²	
1976	3485	- 3

¹ Ohne Sozialversicherungen, Stichtag 30. 6. 1976
² 1975 wurden die Beschäftigten der kommunalen Zweckverbände einbezogen (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/77, S. 159)

Den größten prozentualen Zuwachs erreichte die Polizei, die ihren Personalstand um 5,8 Prozent oder 10 500 Personen auf 192 000 ausbauen konnte.

Dem wachsenden Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt steht also eine Nachfragesituation gegenüber, die durch bestenfalls stagnierende Beschäftigtenentwicklung im produktiven Bereich und einen beginnenden Rückgang im öffentlichen Bereich gekennzeichnet ist, also keine nennenswerte Entlastung verspricht.

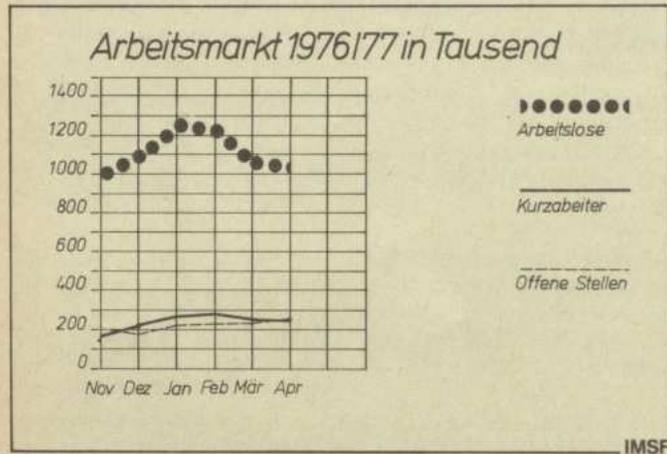
Angesichts dieser Situation kann höchstens mit saisonalen Rückgängen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit gerechnet werden – wobei diese weiter als die registrierte Arbeitslosigkeit reicht.

Doch selbst die offiziellen Zahlen machen sehr deutlich, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt – konjunkturell betrachtet – eher verschlechtert.

Arbeitsmarkt 1975/76

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen		Arbeitslose saisonbereinigt
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	
Nov.	985	-129	168	-521	202	+19	1015
Dez.	1090	-133	214	-534	186	+18	1009
Jan.	1249	-102	269	-474	202	+11	1014
Febr.	1214	-133	281	-212	225	+16	996
März	1084	-106	258	-243	244	+ 4	993
April	1039	- 55	241	-115	246	- 6	1003

1 In 1000 Personen; 2 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Bundesbank, 5/77, S. 65*)



Die saisonbedingte Arbeitslosigkeit ist im April sogar wieder angestiegen.

Auch der Rückgang der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um mehr als 10 000 auf 99 000 ist vorwiegend statistisch bedingt: Die Altersgrenze „unter 20 Jahren“ schließt wegen der Verlängerung der Schulzeiten im wachsenden Ausmaß die Jugendlichen aus, die unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos werden.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit dient in immer stärkerem Ausmaß dem Lohndruck. Das schlägt sich in der Zunahme der vom Arbeitsamt verfügbaren „Sperrzeiten“ nieder, die die betroffenen Arbeitslosen für 4 Wochen – im Wiederholungsfall ganz – vom Bezug einer Unterstützung ausschließen.

Verhängte Sperrzeiten

	1. Vierteljahr 1977	1. Vierteljahr 1976
Unterstützungsempfänger ¹	907 635	1 066 905
Sperrzeiten	76 005	67 431
darunter: wegen Ablehnung einer Arbeit	16 911	14 633

1 Jeweils im Februar
(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 5/77, S. 544)

Im Verlaufe eines Jahres dürfte also ein erheblicher Prozentsatz der Arbeitslosen – vorwiegend der längerfristig Arbeitslosen – von einer solchen Maßnahme betroffen sein. Allein die Drohung damit wirkt bereits im Sinne der Unternehmer, da die Ablehnung einer unterbezahlten Arbeit nach dem Ermessen des Arbeitsamtes auch als Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit mit einer Sperrzeit belegt werden kann.

Über eine Verschärfung der Praxis der Arbeitsämter und interne Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit wird heute – weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit – ebenfalls Sozialabbau betrieben.

So wurde – öffentlich kaum beachtet – zum 24. März 1977 die seit 1969 geltende „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme“ erweitert. Die Richtlinie wurde um 2 Paragraphen erweitert, die „Arbeitserprobung“ und die „Probebeschäftigung“ (§§ 25a u. 25b). (Vgl. „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit“, 5/77, S. 559 ff.)

Bei der „Arbeitserprobung“ erhält der Arbeitslose weiterhin die bisherige Arbeitslosenunterstützung, muß aber zwischen 2 und 4 Wochen bei einem privaten Unternehmer seine „Arbeitsbereitschaft“ unter Beweis stellen. Hierbei handelt es sich um eine Art Zwangsarbeit, da der Arbeitslose praktisch ohne Lohn arbeiten muß – im Weigerungsfall wird er mit einer „Sperrzeit“ belegt.

Bei der „Probebeschäftigung“ wird zwischen dem Arbeitslosen und dem Unternehmer ein zwischen 1 und 3 Monaten befristetes Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen, wobei das Arbeitsamt dem Unternehmer „alle notwendigen Kosten“ zu 100 Prozent erstattet.

Der private Unternehmer erhält so die Möglichkeit, Arbeitskräfte 3 Monate lang ohne einen Pfennig Lohnkosten auszubeuten. (Frankfurter Rundschau v. 6. 5. 77 und Unsere Zeit v. 11. 5. 77)

Die Folge dürfte sein, daß die Unternehmer für unqualifizierte oder für Saisonarbeiten auf dieses kostenlose Angebot zurückgreifen und gleichzeitig bisher beschäftigte Arbeitskräfte entlassen.

Durch solche Maßnahmen wird offensichtlich kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, sondern werden lediglich Kosten auf die Versicherten überwält.

Dadurch aber werden nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die beschäftigten Teile der Arbeiterklasse belastet.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickshaus, 3550 Marburg

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 5. 1977 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 25,- DM (zuzugl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.